



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Brüggen, E. von der: Nation und Staat : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sein als nicht sein will, so ist hierdurch allein schon anerkannt, daß sich Gott um eben dieses Menschen willen für das zweite entscheiden mußte. Wäre Holbach in seinem Leben auch nur einmal Dorfschulze gewesen, so würde er nicht mehr so kühn gewesen sein, das „wenn ich König wäre“ auszusprechen. Und wenn nun ein so kluger Mann wie er nicht einmal ein Dorf zu beglücken versteht, so muß er zugestehn, daß es selbst für einen Gott keine so ganz leichte und einfache Sache gewesen sein kann, eine Welt zu schaffen, die den Beifall aller ihrer Bewohner hätte.



Nation und Staat

Von E. von der Brüggen

(Schluß)



u allen Zeiten haben die Staaten einen mehr oder minder starken Trieb nach Ausdehnung und Eroberung gehabt. Aber die treibenden Kräfte ändern sich. Früher suchten ehrgeizige Fürsten durch Heiraten, durch Kriege ihre Gebiete zu mehren, sich fremde Länder zu unterwerfen. Seit die Völker als mitbestimmende Gewalten neben den Willen des Fürsten getreten sind, haben sie auf die äußere Politik auch dort Einfluß gewonnen, wo sie dazu nicht ausdrücklich durch eine Verfassung berufen sind. Wenn sie auf neue Landerwerbungen aus sind, so treibt sie oft das materielle, wirtschaftliche Bedürfnis, wie bei den ungeheuern kolonialen Unternehmungen unsrer Zeit. Oft aber werden sie auch von idealen Zielen gelockt, unter denen der Ruhm eine zwar weniger große Rolle als zur Zeit des fürstlichen Absolutismus, aber doch eine beachtenswerte Rolle spielt. Ein stärkeres ideales Motiv ist das sogenannte Nationalitätsprinzip.

Soweit sich die Bedeutung dieses Prinzips praktisch aus der politischen Geschichte unsers Jahrhunderts erkennen läßt, liegt sie in der Anerkennung des Anspruchs der Nationen auf selbständiges und einheitliches Staatsleben. Die Erfahrung lehrt uns freilich auch, daß Staaten, die sich, wie Frankreich unter Napoleon III., auf dieses Prinzip beriefen, es mehr als politisches Agitationsmittel, denn als feste Richtschnur ihres Handelns benutzten; und wie unsicher es in seinem Wesen ist, geht aus der Unmöglichkeit hervor, die Frage zu lösen, was man unter einer Nation zu verstehn habe, die zu jenem Anspruch berechtigt wäre. Gleichwohl hat diese Idee die Völker seit hundert Jahren erfaßt und dahin gedrängt, die kleinen unter einander verwandten

Volksteile in möglichst große Staaten zusammen zu fassen. Die Nationen wollen sich, indem sie alle ihre Teile an sich ziehen, mit der gesteigerten Kraft nach außen schützen, im Innern ihre nationale Art ausgestalten und ihre Kultur entwickeln. Dies sind gesunde Triebe und große Zwecke, die auch schwere, für die Sammlung zerstreuter Volksteile gebrachte Opfer wohl rechtfertigen können. Da jedoch das Nationalitätsprinzip thatsächlich von Fürsten und Völkern bisher so wenig befolgt wird, daß kein Staat ohne Nötigung ein Gebiet aufzugeben pflegt, bloß weil es national zu einem andern Staate gehört, und da es manche Völkerspitter auch in Europa giebt, die außer stande sind, einen eignen nationalen Staat zu bilden, so birgt das scheinbar friedliche Nationalprinzip von Hause aus eine schwere Gefahr der Vergewaltigung in sich. Um so mehr als es begleitet ist von dem Streben der nationalen Staaten, sich die in seinen Grenzen wohnenden volksfremden Elemente auf alle Weise national zu assimilieren. Hieraus ist allmählich ein nationaler Kampf entbrannt, der durch ganz Europa hin immer eifriger und schonungsloser geführt wird, und der keineswegs mit den friedfertigen Gesinnungen übereinstimmt, deren Beteuerungen, wie die Kirchenglocke vor der Predigt, uns gewohnheitsmäßig aus den Parlamenten aller Staaten fortwährend ins Ohr tönt.

Das berechtigte nationale Streben nach Einigung hat sich mit dem Streben nach gewaltsamer oder friedlicher Verschmelzung fremder im Bereich der Macht einer stärkern Nation liegender nationaler Splitter vermischt; das nationale Einheitsbedürfnis ist vergiftet worden durch das staatliche Bedürfnis, alles nationale Fremde innerhalb der Staatsgrenzen zu entfernen. Territorium und Nation sollen zusammenfallen, sei es auch auf gewaltsamem Wege. Denn mit so schönen Namen man es auch verdecken mag, es ist Kampf und Gewalt, was hier bald in sanfterer, bald in härterer Form von Mehrheiten gegen Minderheiten angewandt wird. Es ist der Eroberungskampf von Nation gegen Nation. Seitdem Deutschland sich national zusammengeschlossen hat, sehen wir rund umher unsre Volksgenossen einer Verfolgung und Bedrückung ausgesetzt, die nicht unmittelbar dem Deutschen Reich, aber doch der Nation mit schweren Verlusten drohen. Wir selbst sind in die Lage gekommen, solche staatliche Bedrückung gegen fremde Volksteile, die in unsern Grenzen wohnen, anzuwenden. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, können wir uns von diesem Kampf nicht ganz fern halten. Allein der Kampf ist zu ernst, als daß er uns nicht die Pflicht auferlegen sollte, seine Natur und Berechtigung, die angewandten Mittel und die gebotnen Grenzen in jedem Falle möglichst genau abzuwägen.

Worin liegt der Maßstab für die verletzende Härte dieser nationalen Unterjochungskämpfe? Er liegt in der Schätzung der nationalen Art und der nationalen Kulturgüter. So lange ein Volk noch nicht zu nationalem Selbstgefühl erwacht ist, wird es sich ohne vielen Widerstand einem stärkern, mit höher entwickelten Kulturmitteln ausgestatteten Volke anschließen, mit ihm ver-

schmelzen. Unſre germaniſchen Voreltern eroberten Europa von der Oſtſee bis Gibraltar hin und gingen zum größern Teil unter in den unterworfenen fremden Völkern, ſoweit dieſe über große Kulturmittel und nationale Kraft geboten. Jahrhundertlang ſtrömten deutſche Scharen nach Italien und wurden dort national verſchlungen, während wir mit geringern Mitteln von Weſer und Elbe an bis an den Peipusſee unſer nationales Gebiet ausdehnten, das ſich bis heute faſt ungeſchmälert erhalten hat. Trotz der ſtaatlichen Ohnmacht war Italien als Nation ſtark genug, Longobarden und Normannen, Sarazenen und eine jahrhundertlange deutſche Herrſchaft zu überwinden, während aus den ſlawiſchen und litauischen Stämmen im Oſten ein wertvoller Miſchteil unſers heutigen Volkſtums geworden iſt.

In allen dieſen Fällen ging die Entnationaliſierung mit geringen Leiden vor ſich, weil Germanen dort, Slawen und Litauer hier ihre Nation gering ſchätzten; die Leiden, die damit Hand in Hand gingen, waren ſolche, wie ſie der Starke, der gewaltſam Nohe dem Schwachen oder der Räuber materiellen Beſitzes dem Beraubten zuſügt; in ſeiner Nationalität wurde der Unterliegende nur wenig gekränkt, weil er ſie wenig ſchätzte. Noch vor hundert Jahren ſtand es in dem ſehr büreaufkratiſch-genau regierten Preußen jedermann frei, nicht nur nach ſeiner Façon ſelig zu werden, ſondern auch nach ſeiner Nation zu reden, zu ſchreiben und zu denken; und doch fügten ſich Litauer und Polen leicht dem deutſchen Weſen. Heute hat man ſich bemüht, in dem polniſchen und litauischen Bauer das Bewußtſein von dem Wert ſeiner eignen nationalen Art zu wecken, und in dem Maße, als ſich dieſes Bewußtſein kräftigt, wächst auch der Schmerz, den der auf die Nationalität geübte Druck ausübt. Je höher ein Volk in der Art ſeines Charakters und ſeiner Kultur ſteht, um ſo ſchwerer empfindet es jede gewaltſame Verletzung ſeiner Nationalität. Und das gilt nicht nur von einem großen Volke, ſondern ebenſo von jedem noch ſo geringen Bruchteil, ob er nun die Bevölkerung einer Provinz oder eines Dorfes ausmacht, ob er geſchloſſen ein Gebiet erfüllt oder darin nur einen Stand oder eine Klaſſe darſtellt. Am ſchwerſten duldet das Kulturvolk, dem ſeine nationalen Güter von der Hand eines Volkes niederer Kultur dauernd zerſtört werden, denn mit ihnen geht eine Kultur zu Grunde.

Weſſen das Land, des der Glaube, ſagte man früher. Der Glaube war damals das höchſte unter den idealen Gütern der europäiſchen Völker. Mit jenem Saße wurden die Hugenotten gemordet, wurden die Proteſtanten aus Frankreich, die Salzburger von ihren Bergen vertrieben; dafür haben Millionen geblutet in allen Ländern, unter der Folter und auf dem Holzstoß. Soll es heute dahin kommen, daß der Saß auf anderm Boden wieder aufgerichtet wird? Wollen die Nationen wiederholen, was Kirche und Fürſten verbrachen? Der Fanatismus bleibt ſich ziemlich ähnlich, ob er nun aus religiöſer oder aus nationaler Quelle fließe. Nationaler Fanatismus iſt nur der Stiefbruder

des religiösen Fanatismus. Soll auf diesem Boden des nationalen Staates, vorläufig zwar nicht mit Folter und Holzstoß, aber doch mit Marterwerkzeugen gearbeitet werden, die, den Nerven des modernen Menschen angepaßt, nicht viel weniger grausam sind, als die von der fanatischen Kunst des Großinquisitors erfunden wurden? Denn was damals Glaube war, ist heute Nationalität: in ihrer subjektiven Wertschätzung stehen uns heute die idealen Güter, die die Nationalität eines Kulturvolks ausmachen, ebenso hoch wie Glaube und Kirche. Wer mir heute meine nationale Schule schließt, trifft mich ebenso hart, wie wer mir meine Kirche schließt. Was steht heute dem Genossen eines Kulturvolks höher, als Sitte, Tradition, Recht, Sprache, all die mannigfachen Lebenserscheinungen, an deren Entwicklung er und Generationen vor ihm gearbeitet haben? In ihnen findet die nationale Kultur ihren Ausdruck. Dem gemeinen Mann steht vielleicht sein religiöser Glaube, vielleicht seine Kirche gleich hoch, dem Gebildeten kaum mehr. Ihm sind jene Dinge die höchsten idealen Güter und steigen im Wert, je weiter sich die nationale Kultur ausgestaltet, und je mehr er sich dessen bewußt wird.

Erkennen wir denn das nicht etwa selbst an? Achten wir denn nicht den hoch, der in der Fremde fest an deutscher Art hält, und sind es nicht nationale Lumpe, die sich in Polen oder Ungarn flugs national häuten, weil es Geld oder Ehre einbringt? Dürfen wir solche nationale Ver Lumptheit bei unsern Volksgenossen verdammen, aber von Dänen oder Polen oder Franzosen staatlich fordern? Ist es nicht ein landläufiges Gebot, man solle seine idealen Güter bis in den Tod verteidigen? Nun, käme es dazu, dann wären Henker und Beil auch nicht mehr fern in diesem Nationalkampfe. Aber der Staat hält sich heute noch für berechtigt, auch ohne die äußerste Not eines dieser Güter nach dem andern den Unterthanen zu entreißen, denn: wessen das Land, dessen die Nationalität. Der Staat hat sich heute der Nation ergeben wie ehemals der Kirche.

Der nationale Staat kann freilich in Lagen geraten, wo er mit staatlichen Mitteln den Kampf gegen fremde Volksplitter in seinen Grenzen führen muß. Polen ist für Deutschland unentbehrlich; die Polen zeigen mit That und Wort, daß sie, nicht zufrieden mit dem nationalen Besitz, gesonnen sind, diese Provinz, sobald sie einmal stark genug dazu sind, auch staatlich zurückzufordern. Sie sind sogar so unklug, Gebiete, die sie vorübergehend in Deutschland besessen haben, gleich mit zu fordern. In solcher Lage der Notwehr hat der Staat die Pflicht, sich zu sichern. Vor allem fragt sich, woher die Gefahr kommt? Sie kommt nicht vom Bauern, sondern von Adel, Bürgertum, Geistlichkeit, und mit diesen muß gekämpft werden. In Nordschleswig ist der Staat ebenfalls, so scheint es, gezwungen worden zu offenen Gewaltmitteln. Die Ereignisse, deren genauere Darlegung leider etwas spät den weitem Kreisen zugegangen ist, zeigen einen nationalen Angriff der Dänen gegen die Deutschen,

der über das Maß friedlicher Verteidigung des eignen Volkstums hinausgeht, zu der jeder national Fremde in einem Kulturstaat berechtigt ist. Soweit eine solche Überschreitung stattfindet, soweit nicht bloß Verteidigung, sondern ein Angriff im Werke ist, der den äußern Frieden gefährden könnte oder offenbar gegen die Integrität des Staatsgebiets gerichtet ist, hat der Staat die Pflicht, einzuschreiten. Aber es ist gleicherweise die Pflicht des Staats, sehr sorgfältig die Grenze zwischen jener berechtigten Selbstverteidigung und dem Gebrauch unzulässiger Mittel des Angriffs zu prüfen, ehe er in den nationalen Kampf mit staatlicher Gewalt eingreift. Die Grenze zu finden und die rechten staatlichen Mittel zu ergreifen, beides ist schwer und erfordert großen politischen und administrativen Takt, um Roheiten zu vermeiden.

Handelte es sich bloß darum, zu wissen, wie eine nationale Minderheit staatlich zu vernichten oder doch zu vergewaltigen sei, so fänden sich dazu Muster genug und ganz in unsrer Nähe. Aber wir wollen ein Kulturstaat sein und nur Mittel anwenden, die unser würdig sind. Jeder staatliche Druck auf eine nationale Minderheit weckt den Widerstand und die Leidenschaft; wo der nationale Kampf ohne staatliche Einmischung geführt wird, da ist es möglich, die Gewalttätigkeit fern und die Leidenschaft in Grenzen zu halten. In der Schweiz leben Bruchteile dreier großer Nationen neben einander; sie kämpfen fortwährend unter einander, die eine rückt vor, die andre muß zurück. Das gewerbliche Leben ist die Hauptwaffe, mit der hier Boden gewonnen, dort verloren wird; wo eine Nation in die Minderheit gerät, verliert sie die Leitung in der Kommune, aber sie läuft nicht Gefahr, von der siegenden Mehrheit durch kommunale oder kantonale Gewaltmittel bedrängt zu werden; sie kann durch Zuzug ihrer Volksgenossen, den niemand hindert, das Verlorne zurückgewinnen, die Zweisprachigkeit in den nationalen Grenzgebieten glättet den Verkehr, jede Minderheit hat ihre Schulen, behält das Recht ihrer Sprache vor Gericht und Verwaltung; nirgends nationaler Haß, nirgends das Bedürfnis, das Ringen um die nationale Herrschaft in den Vordergrund zu stellen, die Leidenschaft zu entfachen. Die welsche Schweiz sympathisiert mit den Franzosen, aber obwohl ihre Bevölkerung weitaus in der Minderheit ist, hält sie treu zum Staat, denn sie lebt in ihm vollkommen frei in ihrer nationalen Art.

In allen nationalen Grenzgebieten ist Zweisprachigkeit der natürliche Zustand, dem man immer Rechnung tragen sollte. Wenn man einer nationalen Minderheit ihre Schulen nimmt, wenn man ihr verbietet, in eignen Schulen ihre nationale Erziehung und Kultur zu pflegen, so ist das ein staatlicher Eingriff, der zu berechtigtem Widerstande herausfordert. Berechtigt besonders bei einer Minderheit, deren nationale Kultur gleich hoch steht, wie die der Mehrheit. Wenn wir in Ostafrika Neger verdeutschen, so thun wir ihnen wohl; wenn wir uns staatlich weigern, den Litauern litauische Schulen herzurichten,

so thun wir ihnen kaum einen Zwang an. Dasselbe gegen Dänen oder Franzosen angewandt ist verlezend und muß als schwerer Druck empfunden werden. Und es fragt sich, ob diese Maßregel nötig, ob sie politisch vorteilhaft ist.

Der national einheitliche Staat hat ohne Zweifel, und besonders seit das Nationalprinzip aufgestellt und fast gleichzeitig auch gefälscht wurde, einen sehr großen Vorzug vor dem national gemischten Staat. Er gewinnt an Kraft dadurch, daß nicht nur die materiellen Interessen in gemeinsamer Arbeit und unter gemeinsamem Schutz besser gedeihen, sondern auch die immateriellen Güter nationaler Kultur mit einheitlicher Kraft besser gefördert oder gewahrt werden können. Solange aber das öffentliche Wohl Inhalt und Zweck jedes Staats ist, wird jede Gewalt, die dem Wohl, dem Glück und der Zufriedenheit einer Minderheit angethan wird, nur so weit dem Staatszweck entsprechen, als sie für das Wohl der Gesamtheit notwendig ist. Es scheint nicht für das Wohl Deutschlands notwendig, daß die wendische Sprache in der Lausitz ausgerottet werde; es ist nicht bewiesen, daß das Dänische in Nordschleswig, das Französische in Lothringen mit dem Wohle des Reichs unvereinbar seien. So lange die Notwendigkeit nicht feststeht, verlangt der Staatszweck nur, daß Dänen und Franzosen ruhige Bürger bleiben, nicht allzu lästig fallen, und daß umgekehrt der Staat sie in solchem Verhalten nicht durch nationale Zwangsmaßregeln störe.

Der national einheitliche Staat hat außer diesem politischen Vorzuge den andern, daß seine Verwaltung bequemer ist als im national gemischten Staat. Wo in einem Staate dieselbe Sprache, dieselben auf nationale Sitten und Gewohnheiten gegründeten Lebensformen und bürgerlichen Einrichtungen bestehen, ist die administrative Technik in Schule, Gericht, Polizei, in Handel und Wandel weit einfacher, als wo jede Verordnung verschiedenen Mundarten und Bedürfnissen angepaßt werden muß. Hier reicht das Streben nach nationaler Herrschaft dem Streben nach administrativer Uniformität, nach bürokratischer Herrschaft die Hand. Hier heißt es zugleich: wir wollen, daß alles bei uns deutsch sei, und wir wollen, daß alle staatlichen Einrichtungen dieselben seien: kein Separatismus, keine Sonderrechte, keine Erschwerungen der Verwaltung durch nationale oder territoriale oder lokale Ungleichheit.

Diese beiden Tendenzen sehen wir am stärksten und vollkommensten ausgebildet zu festem System in den Ländern, wo das bürokratische Regiment am unumschränktesten gebietet, wie z. B. in Rußland. Seine Wirkung können wir dort klar beobachten; sie ist unzweifelhaft kulturfeindlich. Aber dieses System ist bequem für eine roh gearbeitete Staatsmaschine, es ist das System politischer Mittelmäßigkeit, ein geistloser Mechanismus, dessen Hauptziel Herrschaft, nicht Volkswohl ist. Diesem System der Uniformität gegenüber sehen wir in Vergangenheit und Gegenwart die Staaten, Völker, selbst Rassen immer durch ihre Tüchtigkeit hervorragend, die in ihrem Charakter oder durch ihre

Geschichte in sich differenziert waren, die nicht Uniformität, sondern Mannigfaltigkeit in den sozialen wie den staatlichen Lebensformen anstrebten und ausgestalteten. Das Nomadentum ist uniform, das Kulturvolk differenziert. Auf Uniformität baut sich am leichtesten der Despotismus, Kriegsmacht, Eroberungspolitik auf; Differenzierung fördert Verfeinerung, Geschmeidigkeit, Mehrung der innern, der Kulturkraft, denn sie ermöglicht Freiheit, individuelle, territoriale, soziale Selbständigkeit.

In dieser Differenzierung ruht die Stärke der germanischen Rasse, ihre Überlegenheit über die zur Uniformität neigenden Rassen. Darum ist der Germane schwerer zu regieren, darum verträgt er besser die Freiheit in den staatlichen Institutionen, darum ist er der geschickteste und sicherste Träger unsrer europäischen Kultur. Die Uniformität lähmt, die Mannigfaltigkeit belebt. Kann man für diesen Satz ein schlagenderes Beispiel finden, als in dem Verhältnis der beiden größten der europäischen Kulturwelt angehörenden kontinentalen Reiche? Die gewaltige Überlegenheit der nordamerikanischen Union über Rußland wurde im Verlauf eines Jahrhunderts errungen hauptsächlich durch die Mannigfaltigkeit der nationalen, sozialen, staatlichen Elemente und Einrichtungen. Für die Kultur, für das Volkswohl sagt es durchaus gar nichts, daß Rußland eine Million Soldaten, die Union bisher nur dreißigtausend Mann hatte.

Je größer ein Staat ist, um so verderblicher wirkt die Uniformität, und um so stärker wird die natürliche Neigung, sich durch sie die Mühe des Regierens zu erleichtern. Wenn 1866, wie viele wünschten, Preußen alle übrigen Staaten in Deutschland weggesetzt hätte, so wäre es dennoch unmöglich gewesen, eine preußische Uniformität durchzuführen, ohne die Lebenskraft des ganzen Volkes zu zerstören. In der instinktiven Furcht vor solchen Versuchen wurzelt zu einem Teil die Abneigung, die noch heute im übrigen Deutschland vielfach gegen Preußen fortlebt. Die preußische Staatsmaschine erscheint dem Süddeutschen außerdem zu kalt, zu uniform, zu hart; berechnete Eigentümlichkeiten, wie man das früher nannte, haben, wie man dort glaubt, unter ihr zu wenig Spielraum, die äußere Disziplin ist ihm zu scharf und rau. Und dieser instinktive Widerwille*) gegen staatliche Uniformität ist nicht nur berechtigt, sondern ein natürlicher Vorzug unsers Volkes, der sehr hoch zu schätzen ist, und der das Reich nicht hindert, die Aufgaben eines großen Staats zu erfüllen. „Die wirkliche Freiheit, sagt ein französischer Historiker, ist nur vorhanden in dem örtlichen und provinziellen Geist, in der Ungleichheit der Klassen, der Aufsichtsämter und selbst der staatlichen Gewalten. Einheitlichkeit ist der mehr oder minder glänzende gekleidete Despotismus.“

*) Der übrigens nur ein Vorurteil ist, denn Preußen ist gar nicht so „uniform“ und „zentralisiert“, wie man außerhalb glaubt. A. d. R.

Das heutige Kulturleben fordert in einem großen Staat einheitliche Formen für gewisse Zweige des öffentlichen Wirkens. Strafrecht, einige Teile des bürgerlichen Rechts, Prozeß und Justizverfassung, Geldwesen, Anstalten des Verkehrs werden nur dann die modernen Bedürfnisse befriedigen können, wenn sie in Form und Verwaltung einheitlich sind. Wir finden in Deutschland keinen Landesteil, in dem alle diese Dinge nicht zugleich der Wohlthat einer einheitlichen, also einer einzigen Sprache genießen könnten. Wir finden geringe Landesteile, in denen die deutsche Sprache im Schulwesen den Forderungen der Bevölkerung widersteht. Es giebt gewiß nichts wesentlicheres für eine Nation als die Sprache. Dennoch ist für den Staat die Einheitlichkeit der Sprache keineswegs ein Lebensbedürfnis. Die Einheitlichkeit der Sprache indessen ist eine Erleichterung für die Verwaltung und daher wünschenswert. Ihre Verbreitung durch die Schule ist ein Mittel, um fremde Volksteile national aufzuzugeln, und um fremde, in der Kultur niedriger stehende Volksteile in der Kultur zu heben. Wo aber eine der unsrigen ebenbürtige Kultur, oder wo ein starkes nationales Selbstgefühl der deutschen Schule entgegentritt, wo die deutsche Schule nur verbunden mit starkem staatlichem Zwang arbeiten kann, da wird das Gute, das sie bringen soll, oft verschüttet durch das Übel, das der Zwang hervorrufft.

Mit der Sprache giebt man seine Nationalität auf. Das mag dem polnischen Bauern, der in die deutsche Schule gezwungen wird, nicht allzu schwer fallen; es muß den Haß des gebildeten Polen, des Dänen erwecken, der leidenschaftlich an seiner Nationalität hängt, und der sich in seiner persönlichen Freiheit verletzt fühlt. Warum sollte es notwendig sein, ihnen ihre polnischen, dänischen, französischen Schulen zu verbieten? Lehrt die Geschichte nicht, daß verschiedene Nationalität den festen Zusammenhang, die Einigkeit der Staatsangehörigen keineswegs zu stören braucht? In der nordamerikanischen Union, in der Schweiz mag jeder Volksstamm in seiner Sprache Schulen errichten, und sie bleiben doch alle gleich gute Schweizer oder Amerikaner. In Deutschland sind die nationalen Schwierigkeiten so gering, daß man ohne Gefahr nicht nur den Dänen, sondern auch den Polen und Franzosen erlauben dürfte, sich ihre nationalen Schulen zu errichten. Soviel deutsch, als für den allgemeinen Verkehr wünschenswert ist, würden sie freiwillig in dem heutigen regen Verkehrsleben selbst erlernen, und eine Nachhilfe bietet die Wehrpflicht. Aber gerade diese, so sagt man, fordre die deutsche Schulung.

Die allgemeine Wehrpflicht hat einen großen Einfluß auf die nationalen Verhältnisse gewonnen. In den Heeren alter Zeit kämpften Männer verschiedener Nationalität neben einander, die einander oft sprachlich nicht verstanden; der Deutsche, der Schweizer war überall in Europa zu finden als Soldat in fremden Heeren und schlug sich tapfer, ohne französisch, italienisch, spanisch zu verstehen; die österreichischen Heere sind bis auf den heutigen Tag

so vielsprachig wie die Babylonier des Turmbaues und laufen doch in der Schlacht nicht aus einander wie jene Himmelsstürmer. *) Die preußische Wehrpflicht warf nicht allein das alte Kriegswesen um, sondern gewann auch einen Einfluß auf das gesamte Volksleben, der in seiner ganzen Ausdehnung erst in der neuern Zeit gewürdigt werden konnte. Die materielle Macht, die das preußische System den Staaten zugeführt hat, ist sehr groß. Dieser Machtzuwachs aber, sowie der erzieherische Nutzen, den die allgemeine Wehrpflicht dem Volke bringt, sind nicht ganz ohne Opfer erkauft worden. Eine Schattenseite ist die verstärkte Neigung des Staats, die für den Kriegsdienst notwendige Kenntnis der deutschen Sprache schon durch den Schulzwang in den undeutschen Gebieten zu verbreiten. Die einzigen Länder, wo noch der nationale Kampf nicht tobt, sind Amerika, die Schweiz, England, die Staaten ohne allgemeine Wehrpflicht preußischen Musters. In der Schweizer Miliz sind die verschiedenen Sprachen gleichberechtigt. **) In England quillt der irische Streit aus uralten Quellen, die wenig mit dem modernen Nationalfanatismus zu thun haben. Wenn für den deutschen Soldaten die Kenntnis der deutschen Sprache bis zu einem gewissen Grade nötig ist, so soll sie verlangt werden für diesen Zweck. Der Pole oder Lothringer, der sie beim Eintritt in den Dienst nicht hat und sie im Laufe der zwei Dienstjahre nicht erwirbt, möge ein Jahr länger im Dienst behalten werden. Ein Gesetz dieses Inhalts würde überall als gerecht anerkannt werden, wenn zugleich Polen, Dänen, Lothringern freigelassen würde, ihre Kinder in eignen undeutschen Schulen zu erziehen. Sie würden selbst dafür sorgen, daß ihre Söhne soweit deutsch lernen, um ein drittes Dienstjahr zu ersparen.

Wo der Staat nicht in das Ringen der Nationen eingreift, da fehlt das Gewaltfame, Gehässige dieses Ringens. Niemand empfindet es als Zwang, wenn im Rhonethal in der alten deutschen Stadt Sitten jährlich ein Haus nach dem andern an französische Besitzer fällt, wenn die Deutschen, in französischer Schule erzogen, Franzosen werden, wenn endlich die Mehrheit der Bewohner französisch geworden ist, die öffentlichen Anstalten demgemäß der herrschenden Nationalität folgen, und in einigen Jahren aus der uralten Bischofsstadt Sitten ein französisches Sion geworden ist. Ebenso friedlich dringt das Deutschtum im Südosten, in Graubünden vor gegen das romanische und italienische Element. Das ist der natürliche Gang des Ringens, der friedliche, in dem das Volk siegt, das ein stärkeres nationales Selbstgefühl, überlegne Kultur, tüchtigere Arbeitskraft, feinere, vornehmere Formen des Umgangs, größere Energie des Charakters hat. Der Franzose wird gegenüber

*) Das fragt sich noch!

N. d. N.

**) Nur deshalb, weil die gebildeten deutschen Schweizer so freundlich sind, auch französisch oder italienisch zu verstehn.

N. d. N.

dem Deutschen unterstützt durch seine feinern, geschmeidigern Formen in Sprache und Umgang; der Deutsche hat für sich größere Unternehmungskraft, festern Charakter, mehr Sinn für Ordnung und Recht. Mischte sich heute die Zentralgewalt da hinein, so wäre es aus mit dem Frieden.

In Deutschland liegen die Verhältnisse großenteil anders als in der Schweiz. In Posen und Nordschleswig ist mit der Eroberung der Kampf gegeben gewesen. Nicht der Einzelne drängt den Einzelnen im friedlichen Getriebe des Erwerbs und Verkehrs hinaus, sondern Polentum und Dänentum stehn als geschlossene, organisierte Macht dem Deutschtum gegenüber, zum Kampf bereit mit Mitteln nicht staatlicher Art, aber doch Gewaltmitteln, denen der Einzelne nicht widerstehn kann. Mit dieser bedauernswerten Thatsache haben wir heute zu rechnen, und wir dürfen kaum hoffen, den einmal entbrannten Kampf zurückzuführen auf das friedliche Ringen, wie es in der Schweiz oder Nordamerika vor sich geht. Polen und Dänen verteidigen den nationalen Besitz und sind schon dadurch stärker als der Gegner; denn wer sich in Posen in irgend einem Beruf niederläßt, hat nicht nur die überall vorhandne Konkurrenz des Erwerbs zu bekämpfen, sondern außerdem die Schwierigkeiten, die ihm die nationale Feindschaft der Polen bereitet. Er ist den Angriffen organisierter Gruppen der Bevölkerung ausgesetzt. In solchem ungleichen Kampf stellt sich der Staat mit Recht auf die Seite der Deutschen. Er unterstützt den Deutschen durch Schulen, Förderung seines Erwerbs, seiner Kirche, durch Herbeiziehung von Ansiedlern, durch Ankauf polnischer Güter. Er sollte sich besonders auch angelegen sein lassen, durch gute deutsche Mädchenschulen auf das weibliche Geschlecht zu wirken. Aber der Staat sollte sich darauf beschränken, das deutsche Element zu unterstützen im Kampf, nicht selbst an die Stelle der Kämpfer treten. *) Sowie der Staat direkt eingreift, ist der Zwang da, der den Kampf immer vergiftet. Der Kampf soll national und auf dem Boden des privaten und gesellschaftlichen Lebens ausgefochten werden, der Einzelne wie die Gesamtheit der Deutschen sollen geschützt und gestärkt werden: direkte Zwangsmittel, Entwaffnung, Knebelung des Gegners durch den Staat, das sollte in Deutschland verschmäht werden, das sollte man — ändern überlassen.

Der erste Schritt, den der Staat auf diesem Kampfboden thut, zieht immer neue Schritte nach sich. Wenn man Dänen oder Franzosen die Möglichkeit nimmt, ihre Kinder in dänischen oder französischen Schulen auf deutschem Boden zu erziehen, so ist es nur natürlich, daß sie ihre Kinder außer Landes schicken. Es wären nationale Lumpe, wenn sie es nicht thäten, soweit ihre Mittel es ihnen erlauben. Das hat dann weiter geführt, bis man von Staats wegen, wenn man den Berichten der Presse Glauben schenken darf, in das Familienleben eingriff und den Eltern sogar das Recht nahm, ihre Kinder

*) Auch wenn das Deutschtum trotz jener Mittel zurückgeht?

H. d. R.

selbst zu erziehen. Man hat Eltern ihre Kinder, wie es scheint, wirklich weggenommen, um sie von staatlichen Vormündern erziehen zu lassen. Das sind offenbar unhaltbare Zustände. Aber der erste Schritt auf dem Wege staatlichen Zwangs ist verhängnisvoll auch gegenüber deutschen Reichsgenossen.

In Rußland ist dafür eine fertige Schablone vorhanden, die eben in Finnland wieder zur Anwendung kommen soll. Man packt irgendwo die zur Erwägung bestimmte Nation oder Provinz an einer schmerzhaften Stelle: man nimmt das Recht der Wahl einiger Beamten, man fordert die russische Sprache bei einigen Behörden, die bisher schwedisch und finnisch verhandelten. Die Verletzten sträuben sich, da packt man fester zu und verstopft zugleich den Mund der Presse mit einem Knebel; sie flehen um ihr Recht, ihre Sprache, da heißt es: Separatismus, Haß gegen Rußland! Es sei klar, daß solche Gesinnung höchst gefährlich sei, weshalb man stärker zugreifen müsse. Nun werden Schulen russisch gemacht, und da die Unzufriedenheit in Finnland wächst und sich zeigt, so ist das ein immer klarer werdender Beweis ihrer staatsfeindlichen Gesinnung. Man drückt weiter auf das nationale Bewußtsein, auf Freiheit, Stolz, Ehrgefühl des Finnländers, und treibt die entflammte Leidenschaft irgendwo einige Hitzköpfe zu offenem Widerstande gegen die Staatsgewalt, dann ist es Aufruhr, der Beweis ist erbracht, daß nur die Vernichtung finnländischen Rechts, finnländischer Selbstverwaltung, Sprache, Kultur zur wahren Verschmelzung des Landes mit Rußland führen können. Das ist die erprobte Schablone, und Finnland, ein kleiner Musterstaat wie kaum ein zweiter in der Welt, wird im Namen des Nationalstaats zu Grunde gerichtet werden wie Livland vor ihm. Rußland hätte sich größeres Verdienst um Europa erworben durch einen Aufruf zur Niederlegung der staatlichen Waffen im Kampfe der Nationalitäten, als durch sein Manifest für Einschränkung der Kriegsrüstungen. Und wir werden in Deutschland sicher nicht dieser russischen Schablone folgen wollen. Rußland ist eine Despotie, die keinerlei Recht des Unterthans gegenüber dem Fürsten anerkennt. Deutschland steht nicht auf diesem Boden des einseitigen Rechts.

Man hat längst die Erfahrung gemacht, daß Nationen eben solche Tyrannen sein können wie Fürsten. Wir sind stolz, daß die Zeit des Absolutismus und der Despotie vorüber ist. Ja, der Despotie der Fürsten, und an ihre Stelle treten die Nationen, eine traurige Abwechslung! Und wie viele Leute immer bereit wären, den Fürsten zu bewundern, wenn er seine Macht mißbrauchte, so giebt es jetzt viele, die es weichlich nennen, wenn die Warnung laut wird, daß die Nationen Tyrannen werden. Fürsten wie Nationen haben ihre Schmeichler.

Man hört bei uns nicht selten vor deutschem Chauvinismus warnen. Ich meine, die Gefahr liegt uns bisher fern. Vielmehr ist gerade unsere nationale Schwäche eine der Ursachen, weshalb wir nicht ohne staatliche Hilfe

den Kampf mit Polen, Dänen, Franzosen durchfechten können. Wären wir Engländer, so brauchte uns kein Landrat in Nordschleswig zu helfen, und wir wären in Posen weiter, als wir sind. Hätten wir etwas von russischem oder amerikanischem Singo im Leibe, so hätten nach den Siegen von 1870 die Bedrückungen, denen unsre Volksgenossen seitdem von unsern Nachbarn ausgesetzt sind, Gelegenheit genug gegeben, ihn zu zeigen; statt dessen haben wir kaum gewagt, uns darüber zu beklagen; der nach Wien gerichtete Protest der Professoren hat bei uns nichts von Singo oder Chauvinismus entflammt. Seit 1870 ist unser nationales Bewußtsein allerdings gewachsen; aber es steckt doch noch in der Kindheit. Ich sehe viele, die es noch kaum zu einem nationalen Selbstgefühl gebracht haben; ich sehe manche, die in der Fremde ihre nationale Besonderheit durch eine laute, plumpe Breitspurigkeit erkenntlich machen, andre, die überall, und so auch mit Königgrätz und Sedan gern renommierten; andre, die rauhe Schneidigkeit für Männlichkeit halten. Aber das ist Geschmacklosigkeit, nicht Chauvinismus. Unter Chauvinismus verstehe ich das Übermaß des Volksbewußtseins, das, wo es in rechtem Maße vorhanden ist, das Zeichen der innern reifen Kraft eines Volkes ist. Von diesem Bewußtsein unsrer Volkskraft sind wir noch weit entfernt; wir wissen wohl, daß wir einen mächtigen Staat, eine große Kriegskraft haben, im übrigen aber sieht man uns im ganzen noch recht deutlich die Jahrhunderte nationalen Glends an. Wer heute beobachtet, mit welcher Leichtigkeit der Deutsche noch jetzt in der Fremde, einem kräftigen fremden Nationalbewußtsein gegenüber gestellt, sich duckt, mit welcher selbstgefälligen Lust er gegenüber Engländern in eine englische Haut zu kriechen eilt, dem Franzosen seine Sympathie aufdrängt, den Russen für den Herren der Zukunft erklärt — der könnte oft verzweifeln an der Zukunft. Wie oft erlebt man es, daß man verständigen, gebildeten Leuten gegenüber steht, in ihnen nach nationalem Selbstbewußtsein, nach dem sichern und stolzen Vertrauen in die Nation, nicht bloß in den Staat sucht, und in der deutschen Brust immer nur Asche und wieder Asche findet; daß man vergeblich nach dem heiligen Funken darin umherstöbert und endlich enttäuscht seines Wegs geht. Uns steckt noch zu sehr sächsisches, preußisches, bayrisches, hannoversches Staatsbewußtsein in den Gliedern und nur wenig nationales Bewußtsein.

Andererseits klagen wir immer darüber, daß der Deutsche in der Fremde so leicht sein Volkstum aufgibt. Was haben wir denn bisher dafür gethan, um in ihm den nationalen Stolz des *civis romanus* zu wecken? Würden die Bosnier so behandelt wie in Ungarn die Deutschen, so geriete der Russe bis an die Wolga hin in Erregung; wir empfinden die Verletzung wenig. Wir haben bisher auch von Reichs wegen den in fremde Länder Auswandernden im Grunde wie einen Abtrünnigen angesehen; wir haben seit 1870 leider zusehen müssen, wie man rund umher gegen unsre Volksgenossen verfuhr. Könnten wirs nicht ändern, so konnte diese unglückliche Thatfache doch auch das nationale Bewußt-

sein nicht heben. Für all zu viele Leute bei uns hört das Deutschtum an der deutschen Grenze auf; sie verstehn kaum, wie Deutsche in fremden Staaten den Anspruch erheben können, deutsch zu bleiben. Es giebt Leute, die bereit sind, sofort Engländer oder Russen zu werden, sobald sie sich entschlossen haben, in England, Amerika, Rußland ihr Glück zu suchen, und die solchen, die das nicht wollen oder billigen, daraus einen Vorwurf machen. Es giebt Leute, die sich, wenn sie in die Fremde gehn, vorher mit deutschem Reichsstempel sollten abstempeln lassen, um wenigstens die Erinnerung zu behalten, welchem Volke sie zuerst angehörten. Solche Leute können es natürlich nicht verstehn, warum sich der Pole oder der Däne so anstrengt, polnisch, dänisch zu bleiben. Weshalb wechselt der Mann denn nicht seine Nationalität, nachdem er die Regierung gewechselt hat? Fort mit dem alten dänischen Rock, und heran mit dem neuen deutschen! Wenn nicht, dann auswandern! Und der Ruf erschallt dann: Landgraf, werde hart!

Auswandern! Ja, wäre das so leicht, wäre da nicht Haus und Hof, Freunde und Gewohnheiten, Broterwerb und alles das, was man von den Vätern an materiellen und immateriellen Gütern ererbt! Wäre da nicht die Heimat, und bliebe der Ausruf Dantons nicht wahr, mit dem er den Tod der Auswanderung vorzog: *On n'emporte pas la patrie au bout des semelles*. Wäre das alles nicht, wäre man wie der Hausierer oder Zigeuner überall zu Hause, wo es was zu verdienen giebt — dann wäre mancher Undeutsche wohl von selbst weiter gewandert, ohne Nachhilfe der Staatsgewalt. Wer hierfür kein Verständnis hat, für den ist die Heimat der Staat, er ist zu Hause, wo des Königs Flagge weht, er wäre der rechte Mann gewesen, mit einem dänischen Seekönige vor tausend Jahren nach Sizilien zu segeln oder mit einem Gotenfürsten über den Balkan zu gehn. Wer das Nomadentum ganz abgestreift hat und tief national fühlt, wird wissen, daß Volkstum und heimische Scholle ideale Werte sind, die an Heiligkeit von nichts, auch vom religiösen Glauben nicht, übertroffen werden.

Das junge Deutsche Reich hat sich bisher nicht zu der harten Mißhandlung fremder Nationalitäten hinreißen lassen, zu denen der wilde Nationalitätenkampf es in andern Staaten gebracht hat; und dem Deutschen Reiche möge das auch künftig erspart bleiben, selbst wenn es mehr fremde Elemente aufnehmen sollte, als es bisher umschließt. Hat denn ein Stamm, weil er Herr des Landes ist, das Recht, schwächere Stämme daraus zu vertreiben oder national zu vergewaltigen?*) Eine wenig zeitgemäße Anschauung heute, wo alle Staaten Europas nach Ausdehnung streben, wo die großen Mächte dabei sind, vierhundert Millionen Chinesen davon zu überzeugen, daß sie kein Recht haben, ihr Haus gegen fremde Eindringlinge zu schließen, und daß der Fremdenhaß

*) Wenn es das Lebensinteresse des Staats verlangt, allerdings.

H. v. H.

ein untrügliches Merkmal wildester Barbarei sei! Hat das herrschende Volk eine sittliche Begründung für das angemessene staatliche Recht, den Genossen fremden Stammes um die ihm heiligsten Güter zu bringen? Vor Zeiten pflegte man wohl eroberte Länder zu sichern, indem man die Eingebornen umbrachte. Das gilt heute für barbarisch; aber für erlaubt gilt es, sie durch Generationen langsam am nationalen Kost zu braten: diese Schmerzen achtet man wenig, dafür hat der physisch-humane Nationalstaat unsrer Zeit keinen Sinn. Die Griechen, Römer und andre Völker haben es vor dreitausend Jahren, und die Südseeinsulaner haben es heute für Recht gehalten, jeden Fremden als Feind umzubringen. Die Kulturstufe zwischen solcher Anschauung und dem Nationalstaat, der jede fremde Nationalität für feindlich hält, ist geringer, als die Stufe, die diesen Nationalstaat von einem freien internationalen Zusammenwohnen trennt.

Ich rede nicht einem Weltbürgertum das Wort, mit dem heute heimtlose Weltbummler prunken. Vielmehr steht dieses Weltbürgertum in scharfem Gegensatz zu einem gesunden Volkstum, das der ethische Boden ist, in dem die besten sittlichen Kräfte des Einzelnen ihre natürlichen Wurzeln haben. Ist es wohl wahrscheinlich, daß in einer Zeit, wo mit jedem Tage die Völker einander näher gerückt werden durch die Erleichterung des Verkehrs, wo die tausend immer neu anschwellenden Adern des materiellen und immateriellen Verkehrs, keines nationalen Unterschieds achtend, die Menschen durch einander werfen, wo die Teilung der Arbeit dem einen Stamme, nach seiner besondern Anlage und Schulung, diese Bethätigung, dem andern jene zuweist, daß in solcher Zeit der Staat dauernd auf seiner Forderung nationaler Einheitlichkeit seiner Angehörigen werde bestehen können? Es ist ein kurzsichtiges Bemühen, slawischen Arbeitern die Einwanderung über unsre deutsche Grenze erschweren zu wollen. So beängstigend es für ängstliche Gemüter sein mag, wahrzunehmen, wie sich der Pole oder Tscheche in die leer werdenden Kellerräume unsers Hauses einschleibt, so wird man es schwer finden, unsern deutschen Arbeiter zu bewegen, für einen Lohn zu arbeiten, der den Slawen am Eindringen verhindert. Wenigstens für so lange schwer, als das wirtschaftliche Vorschreiten anhält und dem Arbeitgeber die Mittel gewährt, die bessere Arbeit des Deutschen höher zu bezahlen, als der Lohn ist, den die Arbeit des Tschechen wert ist. Was macht denn den tschechischen Arbeiter national gefährlich? Es ist hauptsächlich die Erfahrung, daß der deutsche Herr national leicht zu dem Tschechen hinabsteigt, statt diesen zu sich empor zu heben. Da nimmt man tschechische Diensthoten und ist sofort bemüht, mit ihnen tschechisch zu radebrechen, statt von ihnen zu verlangen, daß sie deutsch lernen — was sie sehr schnell können. Und dann wachsen die Kinder in tschechischer Sprache auf, und die gute Mutter lernt endlich auch, und die nächste Generation weiß schon nicht mehr, wohin sie gehört, hat auch wohl schon einige wilde junge Tschechenhelden mit Namen

Müller oder Schulze ausgebrütet. Wer könnte Herrn Müller zumuten, zehn Thaler jährlich zu opfern, um sich eine deutsche Kinderfrau kommen zu lassen! Da müßte er ja wöchentlich ein paar Glas Bier weniger trinken! Und nun gar jenseits der Leitha gegenüber den stolzen Magyaren, die gleich den Russen den ehemaligen Hauslehrer, da sie ihn nicht mehr nötig haben, zur Thür hinauswerfen, wenn er sich nicht umtaufen lassen will. Der gute Michel läßt sich so leicht imponieren!

Wir wollen hoffen, daß eine Periode des Niedergangs unsrer Arbeit fern sein möge, in der unser deutscher Arbeiter gezwungen wäre, sich mit dem zu begnügen, was der Slave braucht zum Leben, und wo er dadurch die Kellerräume so füllen würde, daß kein Fremdling darin Platz fände. Der Pole in Westfalen, der Tscheche in Schlesien oder Sachsen, sie arbeiten mit an unserm deutschen nationalen Webstuhl, sie nützen uns, und wir sollten getrost der Zukunft überlassen, wie unser Volkstum sich mit ihnen abfindet. Ich meine, wir dürfen unsrer nationalen Kraft auch ohne gewaltsame Hilfe des Staats zutrauen, daß sie sich die fremden Bestandteile assimilieren oder in Frieden neben ihnen bestehn und arbeiten werde.

Ein fremdes Element giebt es leider, auf das die obigen Argumente nicht ganz anwendbar sind. Man darf zweifeln, ob die über unsre östliche Grenze kommenden Juden ein nützlicher Zuwachs unsrer Bevölkerung sind. Für die Art von Arbeit, die sie verrichten, haben wir selber Mannschaft übergenug, und die Mittel, mit denen sie arbeiten, greifen weit tiefer in unser Volksleben ein und weit empfindlicher, fremdartiger, als was alle Dänen, Polen und Tschechen zusammen bewirken. Dabei erfüllen diese einwandernden Juden die Forderungen, die der Staat, oder mancher Staat, im Namen der nationalen Einheitlichkeit stellt: sie verwandeln sich flugs in den besten Söllpreußen. Und doch bleiben diese modernen Nomaden unserm Volkstum innerlich fremder als Polen, Dänen oder Tschechen.

Gerade wir Deutschen haben allen Grund, diesen mit staatlichen Mitteln geführten Kampf der Nationalitäten in der europäischen Kulturwelt zu verdammern. Was wollen die Polen, Dänen, Franzosen bei uns sagen gegenüber den Millionen Deutscher, die außerhalb des Deutschen Reichs leben? Wir sind ein Volk, das mehr als andre auf Auswanderung angewiesen ist, und wir besitzen keine eignen Kolonien, die diese Auswanderer in Menge aufnehmen könnten; unsre Industrie treibt Scharen von Deutschen hinaus, die nicht alle eine fremde Staatsangehörigkeit erwerben, noch weniger ihre Nation verleugnen wollen. In Rußland sitzen Hunderttausende unsrer Landsleute, die unsre Ausfuhr dorthin leiten: was würde aus unserm Handel dorthin werden, wenn der nationale Kampf dahin führte, daß Rußland diese Leute als lästig auswies, wie man in der russischen Presse sie schon oft als lästig gebrandmarkt hat? Gerade wir brauchen nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch im

nationalen die Politik der offenen Thür. Ohne Auswanderung an Waren und Menschen müßten wir daheim ersticken oder uns mit den Waffen Raum schaffen. Wir sind auf staatliche Gastfreiheit angewiesen. Wir haben neben uns zehn Millionen Deutsche, die in ihrem nationalen Kampf mit Slawen und Ungarn die staatliche Macht nicht mehr wie vor hundert Jahren für sich haben. In Ungarn hat sich der Staat offen an die Spitze der nationalen Kämpfer gegen die Deutschen gestellt und droht diese niederzuwerfen. In Rußland, selbst in Italien bedrängt der Staat das deutsche Element. Wenn wir diese Lage erwägen, kann der Nationalitätenkampf mit staatlichen Waffen für uns nichts verlockendes haben.

Man redet heute viel von Völkerfrieden nach außen hin, ist aber schnell bei der Hand, die staatliche Macht für den Volkskrieg im Innern zu verwenden. Wir wollen Weltpolitik treiben, halten uns aber national noch für zu schwach, um der Nation den Hauptanteil an dem Ringen mit den fremden Volkspplittern zu überlassen, die ihre nationale Haut nicht gleich wechseln wollen. Wäre es wahr, daß der moderne Staat keine fremden Volkspplitter in seinem nationalen Körper zu dulden vermag, dann hätten wir im Staatsleben einen bedauernswerten Rückschritt gemacht. Es liegt heute in der Tendenz staatlicher Entwicklung, daß sich Großstaaten zusammen ballen. Wohin soll es führen, wenn diese Großstaaten, nachdem sie fremde Länder verschluckt haben, überall das fremde Volkstum vernichten wollten? Und wir sehen in der nordamerikanischen Union, daß nicht nur ein kleiner Staat wie die Schweiz, sondern ein gewaltiges Reich trotz der größten Mannigfaltigkeit in den nationalen Bestandteilen seiner Bevölkerung ohne jeden staatlichen direkten Zwang zu einer nationalen Einheitlichkeit zusammenwachsen kann, die allen Aufgaben eines Großstaats gerecht wird.*) Auch dort ist nationaler Kampf; aber ohne staatliche gewaltsame Einmischung geführt, verläuft er in den friedlichen Formen, die im Sinne und Interesse von zivilisierten Nationen liegen. Wäre es wirklich ein Bedürfnis der europäischen Großmächte, den einheitlichen Nationalstaat mit Gewaltmitteln zu erzwingen, dann wäre die fürstliche Eroberungspolitik der alten Zeit bei weitem einer solchen nationalen Eroberungspolitik vorzuziehen. Dort wechselte man nur die äußern Formen des Staatslebens, hier wird man in seinem tiefsten Innern vergewaltigt; dort wechselte man nur den Fürsten, hier das Volk. Und wahrlich, welcher Genosse einer großen und zivilisierten Nation gäbe nicht den Fürsten lieber hin als sein Volkstum!

On a découvert de nos jours, qu'il y avait, dans le monde des tyrannies légitimes et de saintes injustices, pourvu qu'on les exerçât au nom du peuple (Rocqueville, De la Démocratie en Amérique, II, S. 405).

Überall in den staatlichen Grenzgebieten werden sich einzelne Fremde

*) Das soll sich erst zeigen.

finden, die sich gelegentlich lästig machen und polizeilich ausgewiesen werden müssen. Sobald aber solche Ausweisungen einen politischen Umfang und Charakter annehmen, greifen sie offenbar auf ein Gebiet hinüber, das wenigstens bei uns in Deutschland zur Kompetenz weder eines Landrats, noch eines Regierungspräsidenten, noch selbst der Regierung eines einzelnen Bundesstaats gehören sollte. Dieses Gebiet gehört zu der Vertretung des Reichs nach außen hin. So berechtigt ein staatliches Einschreiten gegen dänische Gewaltthaten in Nordschleswig gewesen sein mag, so hat es doch eine sehr reale Wirkung auf das Verhältnis des Reichs zu einem benachbarten Staat, oder kann diese Wirkung wenigstens haben. Wie Preußen gegen die Dänen gehandelt hat, so kann man in andern Staaten gegen Österreicher, Schweizer, Franzosen, Niederländer vorgehn, und vielleicht mit weniger Berechtigung. Bürokratischer Eifer ist oft geneigt zu gordischer Schneidigkeit, wo die größte Behutsamkeit am Platze wäre. Daraus können internationale Spannungen und Verwicklungen entstehen, die dem ganzen Reiche zur Last fallen. Daher sollte dem Reichskanzler verfassungsmäßig die Entscheidung in Fällen zustehn, wo es sich um notwendige Anwendung von Zwangsmitteln gegen fremde Staatsangehörige handelt, die über die gewöhnlichen polizeilichen Maßregeln gegen einzelne Personen hinausgehn.

Anmerkung der Redaktion. Wir haben dem Verfasser, einem baltischen Deutschen, der als solcher die Vergewaltigung nationaler Minderheiten besonders schmerzlich empfindet, das Wort hier gegeben, weil sein Aufsatz vieles Gute und Richtige enthält, aber wir sind keineswegs durchweg mit ihm einverstanden.



Übelstände bei der Rentenbewilligung

Von Ernst Kirchberg

(Schluß)



Es ist kaum mehr eine friedliche Lösung der sozialen Frage für die Invaliden der Arbeit, es ist ein Kampf auf der ganzen Linie. Das erhellt am besten aus den alljährlichen Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamts über die Wirksamkeit der Schiedsgerichte und die Rechtsprechung beim Amte selbst. Die Zahl der Fälle, in denen in Rentensachen gegen die Entscheidungen der Versicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften die höhern Instanzen, also in zweiter Instanz die Schiedsgerichte, in dritter und letzter Instanz das Reichs-